

GRAPHISCHE PRESSE

Nr 32. 31. Jahrg.

9. August 1918.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Westpostvereins 2 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Eisengießerstr. 88-89. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Nordst. 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Zur Verlängerung der Tarifgemeinschaft für Chemigraphen und Kupferdrucker. Rundschau. Der Kampf um das Arbeitskammengesetz. Die Gewerkschaftskartelle im Jahre 1917. Die Zunahme der Frauen- und Kinderarbeit während des Krieges. Der Arbeiterschutz im Jahre 1917. Allgemeines: Neue Wege in der Gewerkschaftsarbeit. I. Die photomech. Fächer: Ortsberichte: Leipzig-Chemigraphen. Eingegangene Gelder. Adressenänderungen. Unsere Verbandsjubilare!

Bekanntmachungen.

Abonnements- und Inserate betreffend.
Infolge der Verteuerung aller Druckmaterialien so ist z. B. der Papierpreis um 300 Prozent gestiegen) läßt sich eine kleine Erhöhung der Abonnements- u. Inseratengebühren nicht mehr umgehen.
Vom 1. August ab kostet daher bei Annoncen die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (bei Wiederholung Rabatt) für Verbandsmitglieder. Die Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile.
Der Abonnementspreis beträgt im Inland vom 1. Oktober ab 1,50 Mk. pro Quartal inkl. Zustellung und für die Länder des Westpostvereins 2 Mk.
Der Hauptvorstand.
I. A.: Otto Sillier.

Zur Verlängerung der Tarifgemeinschaft für Chemigraphen und Kupferdrucker.

Das Verhandlungsprotokoll und die Beschlüsse des Tarifausschusses, der höchsten gesetzgebenden Körperschaft der Tarifgemeinschaft sind den Kollegen zur Kenntnis gebracht worden. Dies war das zweite Mal während der Kriegszeit, daß der Tarifausschuß zur Beratung nach Berlin berufen wurde. Beide Male lagen wichtige Anlässe zur Berufung vor. Am 16. Dezember 1916 mußte der Tarifausschuß die Wogen glätten, die durch den Tarifamtsbeschuß über die Einstellung von Ersatzkräften sehr hoch gegangen waren. Im Anschluß an diese Arbeit kam eine Verständigung zwischen den beiden Parteien zustande, wonach die damalige Teuerungszulage von 5 Mk. pro Monat auf ganze 10 Mk. monatlich erhöht wurde.

Am 16. Juli dieses Jahres drehte es sich um wichtigeres. Es galt eine Verständigung zwischen den Tarifparteien über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Tarifes zu schaffen und ohne eine direkte Tarifrevision den Wünschen der Gehilfen soweit Rechnung zu tragen, daß sie für die fernere Zeit des Krieges ihre Existenz fristen können. Für eine Kündigung des Tarifes war nirgends Stimmung vorhanden. Auch einer Tarifrevision und damit natürlich auch einer Verlängerung des Tarifes auf Jahre hinaus, standen die wichtigsten Bedenken von beiden Seiten entgegen. Da wir nicht einmal über die allernächste Zukunft der beruflichen Entwicklung etwas sagen können, verbietet sich auch die Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf mehrere Jahre von selbst. Eine solche längere Festlegung würde also keinem der beiden Teile gerecht werden. Deshalb war der Wunsch nach einer Verlängerung um ein Jahr der einzig gangbare Weg.

Die Gehilfen knüpften daran allerdings die Bedingung, daß bei dieser Verlängerung

über die Teuerungszulagen in anderer Weise verhandelt wurde, als es bisher geschah. Die geringen Verbesserungen des Lohneinkommens der Gehilfen durch die bisherigen Beschlüsse entsprachen in keiner Weise der qualifizierten Arbeit der Gehilfen und der herrschenden Teuerung. Die Gehilfen wünschten ferner die Beseitigung der Sonderbestimmungen über die Einstellung von Lehrlingen, die nach dem Gehilfenstand der 7 Friedensmonate des Jahres 1914 erfolgten. Hier wurde die Wiederherstellung des § 8 f des Tarifes verlangt. Um für die Verhandlung eine einheitliche Grundlage zu schaffen, hatte der Verbandsvorstand und die Zentralkommission dem Tarifamt die Forderung eingereicht, 20 Mk. Teuerungszulage pro Woche und Gehilfe ab 15. Juli 1918 neu zu gewähren. Dieser Antrag entsprach der Auffassung aller in den graphischen Branchen beschäftigten Arbeiter und sollte deutlich zum Ausdruck bringen, daß mit dem bisherigen Lohneinkommen nicht mehr zu wirtschaften war.

In der Sitzung des Tarifausschusses begründete Kollege Haß im Auftrag der Gehilfen diesen Antrag. Er zeigte die Stellung der Gehilfenvertreter innerhalb der letzten Tarifperiode, um darzutun, daß diese jederzeit im Interesse der Erhaltung des Berufes manderlei Opfer gebracht haben. Er zog einen Vergleich mit dem Lohneinkommen anderer Arbeitergruppen und stellte dem Einkommen der Gehilfen die Teuerungsverhältnisse gegenüber. An der Hand des amtlichen Materials über die Preisgestaltung zeigte er die Differenz und illustrierte aus Beispielen aus dem praktischen Leben, daß es sich auch in der Kriegszeit noch einigermaßen leben läßt, wenn das entsprechende Einkommen vorhanden ist. Er verlangte deshalb eine weitgehende Berücksichtigung der Wünsche der Gehilfen. Diese Ausführungen wurden durch die Kreisvertreter wirksam unterstützt. Die Prinzipale gaben in ihrer Antwort ohne weiteres zu, daß die Forderungen der Gehilfen durchaus berechtigt seien. Sie erklärten sich auch bereit, eine etwas höhere Teuerungszulage als bisher bewilligen zu wollen, meinten aber, daß das Gewerbe eine solche Belastung, wie sie die Gehilfen wünschten, nicht ertragen könnte. Die Hauptarbeit des Berufes werde immer noch aus dem Verlagsbuchhandel bezogen, der durch die Papierkontingentierung beschränkt sei. Diese Auftraggeber sträuben sich, höhere Preise zu zahlen, weil die Bücher und Zeitschriften nicht zum täglichen Lebensbedarf zu rechnen seien und die Gefahr bestünde, daß bei erheblicher Verteuerung die Produktion zurückgehen würde. Die Prinzipalsvertreter glaubten auch einen Widerspruch zwischen der Forderung des Verbandsvorstandes und den Gehilfen ziehen zu können, da einige Orte in ihren Versammlungen niedrigere Forderungen aufgestellt hätten. Es konnte dem Prinzipalen darauf entgegnet werden, daß diese Anträge dem Tarifamt zu einer Zeit eingereicht waren, als über die Berufung des Tarifausschusses noch keinerlei Verständigung erfolgt war. Zu-

dem war der Zeitpunkt für die Erfüllung dieser Wünsche so weit zurückliegend, daß er für diese Verhandlungen nicht mehr maßgebend sein konnte.

Nach sehr schwierigen Verhandlungen erfolgte die Einigung in einer Sonderkommission in der Weise, wie sie den Kollegen inzwischen bekannt geworden ist. Die Einigung über die Erhöhung der Akkordsätze für Kupferdrucker war bereits vorher im Fachausschuß erfolgt, so daß diese Kollegen außer den neu festgesetzten Teuerungszulagen noch eine Erhöhung der Akkordsätze von 25 bis 35 Proz. erhalten.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird keine Partei befriedigen. Jede Partei wird beim Verlassen des Verhandlungsraumes das Gefühl gehabt haben, daß sie eigentlich zu schlecht weggekommen sei. Die Schuld, daß die Teuerungszulagen auch jetzt noch keinen annehmbaren Ausgleich zwischen Teuerung und Gehilfeneinkommen bieten, liegt in der Vergangenheit. Die ersten Zulagen waren so bescheiden, daß die Differenz zwischen den Gehilfen des Chemigraphengewerbes und anderen Arbeitergruppen nicht mehr eingeholt werden konnte. Wenn die Gehilfen trotzdem sich bereit gefunden haben, den Tarif um ein Jahr zu verlängern, so stellt dieser Entschluß ein großes Opfer der Gehilfen dar und zeigt volles Verständnis für die Lage des Berufes und der anderen Vertragspartei. Ob das gleiche Verständnis für die Lage der Gehilfen auf Seiten der Prinzipale obgewaltet hat, wollen wir in Rücksicht auf die erfolgte Verständigung hier nicht untersuchen.

Die zweite Forderung der Gehilfenvertreter, auf Wiederherstellung der tariflichen Bestimmungen über die Einstellung neuer Lehrlinge begründete Kollege Förster. An der Hand statistischen Materials zeigte er die Wirkung dieser Sonderbestimmungen und verlangte die Wiederherstellung des § 8 f des Tarifes. Er zeigte wie in manchen Sparten die Lehrlingszahl der Gehilfenzahl gleicht und wie in vielen Firmen in Einzelsparten Lehrlinge arbeiten, wo auch nicht ein Gehilfe zur Anleitung vorhanden ist. Es müsse in Rücksicht auf die spätere Rückkehr zur Qualitätsarbeit verlangt werden, daß dort eine Beschränkung der Lehrlingszahl eintritt, wo die Ausbildung der Lehrlinge nicht mehr zu ihrem Rechte kommt. Den Prinzipalen waren die geschilderten Zustände nach ihren Äußerungen zum Teil völlig unbekannt. Sie konnten sich deshalb nicht sofort zu einer Änderung entschließen und so wurde das Tarifamt beauftragt, die baldige Regelung vorzunehmen. Wir wollen nur wünschen, daß die sehr berechtigten Forderungen der Gehilfen möglichst bald erfüllt werden. Sie sind schon verpflichtet aus Gründen der Selbsterhaltung darauf zu bestehen, zumal für den besonderen Bedarf von Arbeitskräften in späterer Zeit immer die nötige Zahl von Überläufern zu erhalten ist.

Ferner wurde noch der Wunsch der Gehilfen nach einheitlicher Festsetzung von Ferien zum Ausdruck gebracht und durch den Kol-

legen Gaupp begründet. Er zeigte die Ungleichheit der jetzt gewährten Ferien und wies die Berechtigung für eine tarifliche Regelung in der Zukunft nach. Er schilderte die starke Arbeitssteigerung während des Krieges und verlangte dafür zum Ersatz der übermäßig verbrauchten Arbeitskräfte eine Zeit zur Ausspannung und Erneuerung der Kräfte. Die Prinzipale erklärten in ihrer Antwort, daß sie großes Interesse für die einheitliche Festsetzung und Regelung der Ferien haben. Eine zentraltarifliche Regelung sei vorerst unmöglich, doch wollen die Prinzipale in den einzelnen Tarifkreisen darauf hinwirken, daß hier die Ferien einheitlich festgesetzt werden. Hoffentlich wird hier nicht nur der übernommene Auftrag bald ausgeführt, sondern auch ein Erfolg festgestellt werden können.

Überblicken wir das Ergebnis der Sitzung des Tarifausschusses, so kann man sagen, daß die Gelegenheit zu größerer allgemeiner Aussprache der beiden Tarifparteien dazu beiträgt, das Verständnis für die Lage beider Teile zu fördern. Deshalb sind auch solche Beratungen bei schwierigen Situationen den Erörterungen im Tarifamt vorzuziehen.

Rundschau.

Ausbau der Unternehmerorganisationen, — eine Mahnung an die Unorganisierten. Der Deutsche Industrieschutzverband, eine Gründung des Verbandes Sächsischer Industrieller, hat an seine Mitglieder ein Rundschreiben gerichtet, in dem auf die Lohnbewegungen in letzter Zeit, auf den Mangel an Arbeitskräften und auf die schwierigen Ernährungsverhältnisse hingewiesen wird. — Dann heißt es: »Jedenfalls läßt sich schon jetzt erkennen, daß nach Beendigung des Krieges besonders schwierige Arbeiterverhältnisse eintreten werden. Die Gewerkschaften sind nicht — wie hier und da vermutet wird — durch den Krieg geschwächt worden; ihre finanziellen Kräfte sind mindestens nicht geringer geworden (durch die von fast allen Gewerkschaften durchgeführten Beitragserhöhungen werden sie weiter erheblich gesteigert), während es ihnen möglich war, ihren Einfluß auf den verschiedensten Gebieten in ungeahntem Maße zu verstärken. Die in Ausnützung politischer Schwierigkeiten erlangten Zugeständnisse, wie sie in gesetzgeberischen Maßnahmen bereits zu verzeichnen und demnächst weiter zu erwarten sind, beeinflussen die Arbeitgeberinteressen in stärkstem Maße. . . Die Gewerkschaften haben außergewöhnlich starken Mitgliederzuwachs — nach den Bekundungen der Führer besonders infolge der Wirkungen des Hilfsdienstgesetzes — zu verzeichnen. — Demgegenüber ist der Ausbau der Arbeitgeberorganisationen eine gebieterische Notwendigkeit. Wir bitten unsere Mitglieder erneut, unsere hierauf gerichtete Tätigkeit mit allen Kräften unterstützen und auf den Anschluß von Berufsgenossen und Bekannten aus andern Branchen hinarbeiten zu wollen. Auch unsere Mitgliederzahlen sind weiter beträchtlich gestiegen, die der angeschlossenen Einzelmitglieder auf zirka 6900. Aber noch recht viele Industrielle sollten sich über den Wert des Anschlusses an eine leistungsfähige Organisation zur Vertretung ihrer Arbeitgeberinteressen klar werden! — Die Unternehmer suchen also ihre Verbände auszubauen; sie rüsten und haben Erfolge aufzuweisen. Das ist für die Unorganisierten eine deutliche Mahnung, den freien Gewerkschaften unverzüglich beizutreten. Die Gewerkschaften selbst aber müssen zu starken Kampforganisationen ausgebaut werden, damit sie in den kommenden Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit Erfolge für die Arbeiterschaft erreichen.

Gute Ratschläge. Nichts ist so billig im Laufe der Kriegszeit geworden, wie gute Ratschläge. Nicht nur alle möglichen Hausfrauen-Blätter und -Blättchen bringen ihre Weisheit an den Mann oder an die Frau, auch die amtlichen Stellen, wenn sie sonst nichts zu sagen haben, halten sich für verpflichtet, mehr oder weniger nützliche Ratschläge zu erteilen. Manche dieser Ratschläge haben allerdings nur den Wert, daß man daraus erkennen kann, ob die Ratgeber die wirklichen Verhältnisse kennen und richtig einschätzen oder ob sie noch weit davon entfernt sind, zu wissen, wie man, das heißt die große Masse des Volkes, am Ende des vierten Kriegsjahres tatsächlich lebt. In letzter Zeit haben uns die amtlichen Stellen mit verschiedenen Ermahnungen beglückt, die man nur mit einem gewissen Galgenhumor aufnehmen kann. Zum Beispiel empfiehlt die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Mischgemüse mit Zugabe von Kartoffeln und Klößen. Dem Spinat soll ein Ei, Grieb, eine Tasse Milch und ein Teller gekochter geriebener Kartoffeln beigegeben werden. Auch wird eine Suppe von Kürbissen und verschiedene Speisen von Erdbeeren besonders empfohlen.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen ist der Ansicht, daß die Zubereitung der Speisen die letzte Sorge der Reichsstelle für Gemüse und Obst zu sein brauchte. Die Bevölkerung weiß schon, was sie mit Obst und Gemüse zu machen hat, wenn sie sie nur überhaupt zu sehen bekommt. Das aber ist doch die Vorbedingung, sonst bleiben all die schönen Ratschläge auf dem Papier stehen und, soviel wir wissen, haben wir daran auch nicht gerade Überfluß. Zu den Ratschlägen, die besser unterblieben wären, gehört auch der Aufruf der Reichsbekleidungsstelle, ohne Strümpfe in Holzsandalen zu gehen. Weit besseren Eindruck würde es doch machen, wenn die Mitglieder der Reichsbekleidungsstelle selber so »vorbildlich« wirkten und nicht großmütig anderen es überließen, der Bevölkerung ein gutes Beispiel zu geben.

Ersatz von beschädigtem Papiergeld. Der massenhafte Umlauf von Papiergeld bringt es mit sich, daß aus Unvorsichtigkeit Scheine zerissen werden oder Teile abhanden kommen oder sonstige unkenntlich gemacht werden. Wie für die Reichskassenscheine so gilt auch für die Darlehenskassenscheine die Bestimmung, daß beschädigte oder unbrauchbar gewordene Scheine bei sämtlichen Reichskassen angenommen und ersetzt werden. Ist die Umtauschfähigkeit zweifelhaft, so erfolgt eine Prüfung durch die Reichsschuldenverwaltung, welche die Kassen bei Gutbefinden anweist, den Umtausch zu vollziehen oder die Scheine mit dem Stempel für Wertlosmachung versehen zurückgehen läßt. Die Frage, wann ein Kassenschein soweit beschädigt ist, daß Ersatz nicht geleistet wird, ist dahin zu beantworten, daß, wenn bei Teilstücken mehr als die Hälfte des Originals eingeliefert wird, voller Ersatz zu gewähren ist. Bezüglich beschützter Scheine ist zu bemerken, daß in der Regel Ersatz geleistet wird, wenn die Echtheit des Scheines unzweifelhaft sich feststellen läßt. Für die Reichskassenscheine gehen die Bestimmungen jedoch noch weiter und wird schon Ersatz gegeben, wenn mehr als die Hälfte des Scheines abhanden gekommen ist, es muß jedoch glaubhaft nachgewiesen werden, daß die größere Hälfte des zum Ersatz eingegebenen Scheines auch wirklich vernichtet ist.

Das Wiedererstarken der österreichischen Gewerkschaften. Der Bericht über die Entwicklung der österreichischen Gewerkschaften für das Jahr 1917, der soeben in dem Organ der österreichischen Gewerkschaftskommission erscheint, zeigt ein erfreuliches Erstarken der Mitgliederbestände. Während am Ende des Jahres 1916 die Gesamtmitgliederzahl 166937 (138789 männliche und 28148 weibliche) betrug, stieg dieselbe am Schlusse des Jahres 1917 auf 311068, und zwar auf 232066 männliche und 79002 weibliche Mitglieder. Gegenüber dem Abschlusse des letzten Friedensjahres (1913) zeigt sich allerdings noch immer ein Minus von etwa 104000 Mitgliedern; allein wenn man bedenkt, daß die Hunderttausende der zum Kriegsdienst eingezogenen Gewerkschaftsgenossen in den angegebenen Zahlen nicht einbegriffen sind, so läßt diese neuere Entwicklung erkennen, daß die Arbeiterschaft den Gewerkschaften das größte Vertrauen entgegenbringt.

Die Entwicklung der finanziellen Verhältnisse ist ebenfalls eine erfreuliche gewesen. Die Einnahmen sind von 4,63 Millionen Kronen im Jahre 1916 auf 5,93 Millionen Kronen im Berichtsjahre gestiegen. Allerdings sind auch die Ausgaben infolge der allgemeinen Preissteigerungen größere geworden, 5,20 Millionen Kronen gegen 4,46 Millionen Kronen im Vorjahr. Die Ausgaben für Unterstützungen haben absolut und relativ eine Verminderung erfahren. Nach Kronländern geordnet, steht Wien mit 113157 Organisierten an der Spitze; es folgen Niederösterreich (52620), Böhmen (46120), Steiermark (24241) usw. Diese vier zusammen ergeben 75 Proz. aller Gewerkschaftsmitglieder. Der stärkste Verband ist der der Metallarbeiter; er hatte im verflossenen Jahr rund 77000 Aufnahmen zu verzeichnen und kam damit auf 107018 Mitglieder, wovon 31881 weibliche. Diesem folgen die Eisenbahner mit 55061, die Textilarbeiter mit 30889, die Bergarbeiter mit 14678, die chemischen Arbeiter mit 13318 Mitgliedern usw. — Der Gesamtvermögensbestand hat sich im Jahre 1917 um rund 2 Millionen Kronen vermehrt und hat damit die Höhe von 16,62 Millionen Kronen erreicht.

Der Kampf um das Arbeitskammergesetz.

Die Kommission zur Vorbereitung des Arbeitskammergesetzentwurfs hat ihre Arbeiten vorläufig abgeschlossen. Sie hat einen Unterausschuß von zehn Mitgliedern eingesetzt, der bis zum Beginn der Herbsttagung des Reichstags den Gesetzentwurf nach den bisher gefaßten Beschlüssen durcharbeiten soll.

Die Verhandlungen in der Kommission gestalteten sich von vornherein interessant, weil die Gewerkschaftsvertreter den von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden ausgearbeiteten Gesetzentwurf als Antrag Nr. 1 in der Kommission einbrachten, so daß der Regierungsvorlage ein vollständiger, den Anforderungen der Arbeitnehmerschaft entsprechender Gesetzentwurf gegenüber-

stand. Die Kommission einigte sich dahin, daß an der Hand der Regierungsvorlage in Verbindung mit diesem Antrage zunächst grundsätzliche Fragen betreffend den Aufbau der Arbeitskammern »erörtert und entschieden werden sollten. Nach mehrfältigen Verhandlungen wurde mit 15 gegen 13 Stimmen beschlossen, entgegen der Regierungsvorlage die Arbeitskammern räumlich und nicht fachlich abzugrenzen. Mit dieser Stimmenzahl kommt jedoch nicht die volle Mehrheit der Kommission zur Geltung, die für die erstere Art des Ausbaues der Arbeitskammern ist. Es lag ein Antrag der nationalliberalen Kommissionsmitglieder vor, nach dem neben den räumlich begrenzten Arbeitskammern da, wo sich das Bedürfnis nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung ergibt, fachliche Kammern errichtet werden sollten. Da der Antrag der Gewerkschaftsvertreter solche nicht vorsah, sondern nur fachliche Abteilungen in den allgemeinen Arbeitskammern forderte, so stimmten die Unterzeichner des oben genannten Antrages zunächst gegen die räumliche Begrenzung der Arbeitskammern, andernfalls wäre die Mehrheit für diese wahrscheinlich um 4 Stimmen größer gewesen. Der Regierungsvertreter nahm schon nach diesem Beschluß Veranlassung zu erklären, daß ein so gestaltetes Arbeitskammergesetz die Zustimmung der Verbündeten Regierung kaum finden werde.

Da der Reichstag und seine Kommissionen nicht dazu da sind, einfach die Vorlagen der Verbündeten Regierungen anzunehmen, sondern die Aufgabe haben, sie so zu gestalten, wie es nach ihrer Meinung den Interessen der in Frage kommenden Bevölkerungsschichten dient, so nahm die Kommission von der Erklärung Kenntnis, ohne sie des weiteren zu erörtern. Sie beschloß, ihre Verhandlungen abzubrechen und den Fraktionen Bericht zu erstatten. Ein Antrag, einen Bericht dem Plenum des Reichstags zu geben und dessen Entscheidung anzurufen, fand keine Mehrheit in der Kommission. Es wäre meines Wissens ein solcher Beschluß auch eine Neuheit in der Geschichte des Reichstages gewesen, wengleich er durchaus der Meinung der Kommission entsprochen hätte. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wurde sich dahin schlüssig, ihre Vertreter aus der Arbeitskammergesetzkommision zurückzuziehen, falls die anderen Fraktionen ihre Beauftragten verpflichten würden, den Anforderungen der Regierung zu entsprechen. Diese gingen dahin, daß Fachkammern zu errichten seien und der Teil der Arbeiterschaft, der in diese nicht einbezogen würde, in allgemeinen Arbeitskammern vereinigt werden sollte. Ein entsprechender Antrag, der sich mit gleichartigen Bestimmungen in dem ersten im Reichswirtschaftsamt ausgearbeiteten Gesetzentwurf deckt, lag der Kommission vor.

Da die Fraktionen ihren Vertretern in der Kommission freie Hand ließen, so wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Beschlossen wurde, entsprechend der Gewerkschaftsvorlage in den Arbeitskammern selbständige Arbeitnehmerabteilungen einzurichten, ferner die Seeleute und die landwirtschaftlichen Arbeiter in den Geltungsbereich des Arbeitskammergesetzes einzubeziehen. Abgelehnt wurde leider, auch die Angestellten dem Arbeitskammergesetz zu unterstellen. Nachdem beschlossen worden war, daß je nach Bedürfnis Fachkammern errichtet werden können, wäre den Angestellten eine ihren Ansprüchen genügende öffentlich-rechtliche Vertretung gesichert gewesen. Daß dies nicht geschehen, ist dem Umstand zu danken, daß es nicht gelang, die Angestelltenorganisationen auf eine einheitliche Forderung zu vereinigen. Wenn dies bis zum Herbst gelingen sollte, würde sich wahrscheinlich eine Mehrheit in der Kommission dafür finden, auch die Angestellten in den Geltungsbereich des Arbeitskammergesetzes einzubeziehen.

Die Kommission hat, immer entgegen den Wünschen der Regierungsvertreter, weiterhin beschlossen, daß die im Hilfsdienstgesetz enthaltenen Vorschriften über die Arbeiterausschüsse in das Arbeitskammergesetz aufgenommen werden sollen. Die in der Regierungsvorlage enthaltenen Vorschriften, daß für die Verkehrsanstalten des Reiches und der Bundesstaaten die Arbeiterausschüsse die Arbeitskammern bilden sollen, wurden von der Kommission nicht angenommen, sondern bestimmt, daß auch hier Arbeitskammern zu errichten sind, für die sinngemäß die Wahlvorschriften des Gesetzes zu gelten haben. Ferner wurde beschlossen, daß zur Beratung der die Gesamtheit der Arbeiterschaft berührenden Fragen die Fachkammern zur allgemeinen Arbeitskammervertreter zu entsenden haben.

Diesen Beschlüssen der Kommission entsprechend soll der Unterausschuß den Gesetzentwurf gestalten. Er würde, abgesehen davon, daß die Angestellten durch ihn nicht gleichzeitig ihre öffentlich-rechtliche Vertretung erhalten, den Anforderungen der Arbeiterschaft entsprechen. Der Staatssekretär hat am Schluß der Verhandlungen der Kommission noch einmal betont, daß nach den gefaßten Beschlüssen eine Verständigung mit den Verbündeten Regierungen kaum zu erreichen sein wird und der Unterausschuß vielleicht vergeblich seine Arbeit leistet. Diese Erklärung wurde von der Kommission ohne weitere Erörterung ent-

gegengenommen. Der Unterausschuß wird seine Arbeiten erledigen. Läßt die preußische Regierung ein verhältnismäßig nebensächlichen Fragen den Gesetzentwurf über die Arbeitskammern zum dritten Male scheitern, so mag sie es tun. Die Arbeiterschaft hat in den gewerkschaftlichen Organisationen zwar nicht eine öffentlich-rechtliche, aber eine ihren wirtschaftlichen Interessen dienende Vertretung. Die Ablehnung eines den Ansprüchen der Arbeitnehmer genügenden Gesetzes seitens der Regierung kann nur dazu beitragen, diese wirtschaftlichen Organisationen zu stärken und erneut den Beweis zu liefern, daß das Arbeitskammergesetz um zwei Jahrzehnte zu spät dem Reichstage vorgelegt worden ist. C. Legien.

Die Gewerkschaftskartelle im Jahre 1917.

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission veröffentlicht die Statistik der deutschen Gewerkschaftskartelle und bemerkt dazu unter anderem: Die Gewerkschaftskartelle haben unter dem Kriegszustand stark zu leiden. Wie schwer sie betroffen wurden, läßt sich ermessen an dem starken Rückgang der Zahl der berichtenden Kartelle seit Kriegsbeginn. Im Jahre 1913 berichteten 771 Kartelle. An der Statistik des Jahres 1914 sind dagegen nur 578 Kartelle beteiligt. Die Beteiligungsziffer sinkt dann weiter im Jahre 1915 auf 524, im Jahre 1916 auf 469 und im Jahre 1917 auf 453 Kartelle. Es scheint, daß mit dieser niedrigsten Ziffer der fiefste Stand erreicht ist, denn seit dem Vorjahre ist der Rückgang der Zahl nur sehr gering. Eine erhebliche Aufwärtsbewegung dürfte allerdings zunächst nicht zu erwarten sein. Da nicht alle Kartelle Berichte eingesandt haben, so ist die Zahl der bestehenden Kartelle übrigens erheblich höher, als die in der Statistik zum Ausdruck kommende.

Den 453 an der Statistik beteiligten Kartellen waren am Schlusse des Jahres 1917 zusammen 5433 Zweigvereine mit der Gesamtzahl von 1053402 Mitgliedern angeschlossen. Davon kommen 14 Zweigvereine mit 3602 Mitgliedern auf den Verband der süddeutschen Eisenbahner und 5419 Zweigvereine mit 1049800 Mitglieder auf die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände. Das Vorjahr wies 837492 Mitglieder auf, es ist also ein Mehr von 215910 Mitgliedern zu verzeichnen, obwohl von der Statistik weniger Kartelle erfaßt wurden und einige größere Orte fehlen. In dieser Vermehrung der Mitglieder kommt die im Jahre 1917 eingetretene Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften zum Ausdruck.

Die Art der Tätigkeit der Kartelle hat sich unter dem Kriegszustand stark geändert. Der öffentlichen agitatorischen Tätigkeit der Gewerkschaften sind so enge Grenzen gezogen, daß sie fast als aufgehoben angesehen werden kann. Die Förderung der Bildungsbestrebungen, zu deren Pflege besonders die Kartelle berufen sind, ist unterbunden. Die wertvollsten Einrichtungen der Kartelle sind die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen. Der Wert der unentgeltlichen Rechtsberatung für das werktätige Volk ist während des Krieges unzweifelhaft noch gestiegen, es ist deshalb recht erfreulich, wenn die Gewerkschaften die größten Anstrengungen machen, diese Rechtsberatungseinrichtungen über die schwere Kriegszeit hinweg zu erhalten. Im Jahre 1917 unterhielten die Kartelle 111 Arbeitersekretariate, die gleiche Zahl wie im Vorjahre. 122 Kartelle haben Rechtsauskunftsstellen. Die Zahl dieser Einrichtungen wird jedoch größer sein, da viele Kartelle nicht berichteten. Gewerkschaftsbureaus mit angestellten Beamten waren, wie im Vorjahre, in 21 Orten vorhanden. Von den 543 Kartellen besitzen 342 gemeinsame Bibliotheken und 82 Kartelle unterhalten Lesezimmer. Bildungsausschüsse bestehen in 214 Jugendkommissionen in 214 Orten.

Die Zunahme der Frauen- und Kinderarbeit während des Krieges.

In welchem Maße während des Krieges die Tätigkeit der Frauen in der Industrie zugenommen hat, dafür liefern die vom preußischen Handelsministerium veröffentlichten Auszüge aus den Berichten der preußischen Gewerbeinspektion für das Jahr 1917 anschauliche Beweiszahlen. Danach hat trotz des Krieges die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nur wenig abgenommen; sie ist von 3633618 im Jahre 1913 auf 3530711 im Jahre 1917 zurückgegangen, also nur um 2,8 Prozent wohl aber ist vielfach an die Stelle des erwachsenen männlichen Arbeiters die Frau und der Jugendliche getreten. Im Jahre 1913 wurden in den Industrien Preußens 2662152 erwachsene Männer (über 18 Jahre) beschäftigt, 1917 hingegen nur 1956203. Dagegen ist im gleichen Zeitraum die Zahl der erwachsenen Frauen von 687734 auf 1240293 gestiegen, und zugleich ist die Zahl der jungen Leute beiderlei Geschlechts im Alter von 16 bis 18 Jahren von 280184 auf 327904 angewachsen. Es hat demnach die Zahl der erwachsenen Arbeiter sich um 705950 oder 26,5 Prozent vermindert, während gleichzeitig die Zahl der über 18 Jahre alten Ar-

beiterinnen um 552859, das heißt um 80,4 Prozent, der Jugendlichen um 47756 oder 17 Prozent zugenommen hat.

Bedenklich ist, daß auch die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren zugenommen hat. 1913 waren nur noch 3584 Kinder in Preußen in industriellen Betrieben tätig, also nur ungefähr 0,1 Prozent der Gesamtbeschäftigten. Der Krieg hat bewirkt, daß diese Zahl auf 6012 gestiegen ist; eine Zahl, die zudem nur einen Teil der Zunahme umfaßt, denn in den kleinen Betrieben, besonders den Heimbetrieben, die der Gewerbeaufsicht nicht unterstehen, dürfte die Zahl der beschäftigten Kinder noch weit mehr zugenommen haben.

Der Arbeiterschutz im Jahre 1917.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten erstatten während der Kriegszeit bekanntlich keine Berichte. Dieser Mangel ist schon oft kritisiert worden. Um teilweise Abhilfe zu bringen, veröffentlicht jetzt das preußische Ministerium des Innern einige Zusammenstellungen über die Beschäftigung der Arbeiter in gewerblichen Betrieben und die Überwachungstätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten im Jahre 1917. Sie bieten eine außerordentlich interessante Übersicht über die gewerbliche und industrielle Entwicklung und den Arbeiterschutz in der Kriegszeit.

Die Zahl der Revisionen gewerblicher Anlagen durch die Gewerbeaufsichtsbeamten in Preußen verminderte sich von 177432 im Jahre 1913 auf 129464 im Jahre 1917, also um rund 48000. Die Zahl der Revisionen in der Nacht verminderte sich von 2903 auf 1020, die der Revisionen an Sonn- und Festtagen von 4958 auf 1660. Die Abnahme ist in erster Linie auf die Verminderung der Arbeitskräfte der Gewerbeinspektionen zurückzuführen. Stehen doch rund 40 Proz. der Aufsichtsbeamten im Felde. Bemerkenswert ist, daß sich die Zahl der wiederholten Besichtigungen ein und desselben Betriebes stark vermehrte. Die Teilnahme der Gewerbeinspektoren an den polizeilichen Unfalluntersuchungen für die Berufsgenossenschaften verminderte sich um rund 8000 auf 22312.

Die Zahl der Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern betrug 172268 gegen 175436 im Jahre 1913. Diese geringe Abnahme hat hauptsächlich in der Zusammenlegung von Betrieben ihren Grund. Die Zahl der in Wirklichkeit beschäftigten männlichen erwachsenen Arbeiter verminderte sich von 2662152 auf 1956202, dagegen vermehrte sich die der weiblichen erwachsenen Personen von 687734 auf 1240593, also um fast 3/4 Million. Es stieg auch die Zahl der jungen Leute zwischen 14 und 16 Jahren von 280148 auf 327904 und die der beschäftigten Kinder unter 14 Jahren von 3584 auf 6012. Die Zahl der revidierten Betriebe betrug 28 v. H. der überhaupt vorhandenen; in den revidierten Betrieben waren 82 v. H. der überhaupt in den revisionspflichtigen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tätig.

Am bemerkenswertesten ist die Zunahme der ermittelten Zuwiderhandlungen gegen die Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen. Die Verstöße gegen die Vorschriften über die Dauer der Beschäftigung (d. h. die Zahl der dabei betroffenen einzelnen Arbeiter) vermehrte sich von 2869 auf 6108, die betreffend die Mittagspause von 3733 auf 9292. Die Zahl der Anlagen, in denen die Zuwiderhandlungen festgestellt wurden, und die Zahl der bestraften Personen, hat allerdings um ein geringes abgenommen. Die Verstöße gegen die Schutzvorschriften für jugendliche Arbeiter blieben der Zahl nach ungefähr die gleichen. Die Zahl der Betriebe, in denen solche Zuwiderhandlungen ermittelt wurden, betrug 1754, die Zahl der Bestraften nur 120. Das läßt auf eine recht große Milde schließen. Die erlaubte Sonntagsarbeit hat nach dem Bericht erheblich abgenommen.

Es ist kein erfreuliches Bild, das die Ziffern von dem Arbeiterschutz in der Kriegszeit gewähren. Die vom Ausschuß für Bevölkerungspolitik aufgestellte und vom Reichstag unterstützte Forderung nach Entlassung der Gewerbeaufsichtsbeamten aus dem Heeresdienst wird durch diese Übersichten nur gerechtfertigt.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Neue Wege in der Gewerkschaftsarbeit.

I. Der nachfolgende anregende Artikel des Kollegen Ferkel gibt uns die erfreuliche Gelegenheit, auf dieses außerordentlich zeitgemäße Thema einzugehen. Wir hoffen, daß es uns möglich sein wird, den Nachweis zu führen, wie wenig sich die Auffassung des Einsenders von der unseren unterscheidet; in wesentlichen wohl nur durch Unklarheiten, die, wie uns scheint, auf Seiten des Kollegen Ferkel liegen. Einige sachlich überflüssige, parteipolitische Spitzen haben wir aus der Einsetzung entfernt, wodurch aber der Artikel nur gewonnen hätte. Wir werden in nächster Nr. unsere Antwort bringen. Die Redaktion.

Die Übergangswirtschaft bildet ein beliebtes Thema der Partei- und Gewerkschaftspresse. Auf dem kürzlich abgehaltenen Verbandstag der Buchdrucker wurden hierzu Richtlinien angenommen,

deren 5. Punkt lautet: »Steigerung der Leistungsfähigkeit der Berufsangehörigen angesichts des verschärften Kampfes ums Dasein«. Neu ist dieser Gedankengang ja nicht mehr, neu ist nur, daß eine Gewerkschaft ihn zum Beschluß erhebt. Bereits vor ein paar Jahren hat Wissel die Gewerkschaften ermahnt, sich dafür ins Zeug zu legen und in letzter Zeit verlangte Cohen von ihnen, den Kampf gegen das Taylorsystem aufzugeben. Dies Letztere hat der Referent der Buchdrucker ausdrücklich abgelehnt. Alle diese Forderungen laufen aber darauf hinaus, den Arbeiter anzuspornen, die Arbeitsleistungen zu steigern.

Was hier als eine Aufgabe der Gewerkschaften bezeichnet wird, gehört auch mit zur Neuorientierung. Wir können nur fragen, was zum Teufel hat denn die Gewerkschaftsarbeit mit der Förderung der erhöhten Ausbeutung zu tun, besorgen denn das nicht schon die Unternehmer in reichlichstem Maße? Sollen die Vertrauensleute der Arbeiter Instruktionsstunden erhalten, wie aus ihren Kollegen am meisten Arbeit herauszuschinden ist, und werden wir in den Versammlungen der Zukunft gute Lehren erhalten, wie wir den Ertrag unserer Arbeit steigern können? In Nr. 24 vom 14. Juni 1918 der »Graph. Presse« schreibt ein Kollege in dem Artikel »An der Zeit!«: »So gearbeitet wie jetzt hat wohl keiner von uns vor dem Kriege. Nicht nur, daß wir quantitativ doppelt und dreifach leisten müssen, was wir vor dem Kriege geleistet haben; auch das Material, womit wir uns heutzutage haben, ist von einer derartigen Beschaffenheit, daß es eine wahre Erlösung ist, abends an die frische Luft zu kommen...«

So ist es überall. Die Ausbeutung der Arbeiter hat schon einen Grad erreicht, der nur auf Kosten ihrer Lebensdauer beibehalten werden kann. Wahrhaftig wir haben uns um andere Dinge zu kümmern, als um die Sicherung und Erhöhung des Profits der Kapitalisten. Kein Kapitalist hat Interesse an gesteigerter Produktivität der Arbeit, sei dies nun durch intensivere Arbeitsleistung, sei es durch verbesserte Maschinen oder durch Verlängerung der Arbeitszeit, wenn für ihn kein höherer Gewinn dabei herauskommt, wenn nicht der Mehrwert steigt. Steigender Mehrwert bedeutet steigende Ausbeutung der Arbeiter. Durch Lohnerhöhungen ist das nicht nett zu machen. Steigt der Lohn im selben Maße wie die Produktivkraft der Arbeit, so steigt nicht der Mehrwert und wie gesagt, das Interesse für eine Steigerung des Arbeitsertrags fällt für die Unternehmer weg.

Die Arbeitsleistung kann gesteigert werden auf dreierlei Art. 1. Durch Einführung besserer Maschinen. 2. Durch intensiveres Arbeiten während der gegebenen Arbeitszeit, z. B. durch Teilung der Arbeit. 3. Durch Verlängerung der Arbeitszeit.

Schalten wir 1 aus, da es nicht unbedingt in derselben Richtung wirken muß wie 2 und 3, für unsere Betrachtungen also nur bedingt in Frage kommt.

In den Anfängen der kapitalistischen Produktion, das ist als das Arbeitsmittel dem Anwender genommen wurde, finden wir die Wirkungen am deutlichsten ausgeprägt, die sie auf die Arbeiterklasse ausübte. Jeder Übergang in eine höhere Produktionsform richtete Millionen Menschen zu Grunde. Unvergeßlich, für den der sie gelesen hat, bleiben die Schilderungen Fr. Engels in seinem Buche »Die arbeitenden Klassen in England« und denen von K. Marx im ersten Band des Kapitals, über die schauderhaften Zerstörungen von Leben und Gesundheit der Arbeiter durch die Entstehung der großen Industrien. Wie es heute damit steht, nachdem durch die Koalitionen der Arbeiter und durch die Sozialgesetzgebung der Willkür der Unternehmer Schranken gesetzt sind, dazu bedarf es nur des Hinweises auf das Durchschnittsalter der Arbeiter und das der besitzenden Klasse. In all jenen Staaten, in denen wir heute den Übergang zur modernen Industrie beobachten können finden wir unerhört lange Arbeitszeit bei gleichzeitig niedrigen Löhnen. Das Eintreten der Gewerkschaften in Verbindung mit den Unternehmern für Steigerung der Arbeitsleistung mußte geradezu eine Katastrophe für die Arbeiter bedeuten. Die schlimmsten Zeiten würden wiederkehren, vorausgesetzt die Arbeiter machten dieses Harrakiri mit.

Intensiveres Arbeiten in gegebener Arbeitszeit oder Verlängerung derselben können nicht über ein durch Natursdranken gezogenes Maß hinaus getrieben werden, ohne nicht direkt verwüstend auf den Gesundheitszustand und damit auf die Lebensdauer der Arbeiter zu wirken. Das kann keine Lohnerhöhung, d. h. keine vermehrte Zufuhr von Lebensmitteln ausgleichen. Wo die Einführung verbesserter Maschinen auch die Intensität der Arbeit steigert, gilt das hier Gesagte auch.

Ist es wirklich eine Aufgabe der Gewerkschaften, die Lebensdauer der Arbeiter noch mehr zu verkürzen oder was dasselbe ist, sie noch rascher zu verbrauchen wie bisher?

Die Einführung neuer Maschinen, deren Wirkung auch sein kann: gesteigerte Produktivität ohne erhöhte Verausgabung von Arbeitskraft, vollzieht sich nur in den seltensten Fällen sprunghaft, weil für die Unternehmer durch die Entwertung der alten Maschinen zu große Verluste entstehen. Mangel an Rohstoffen wird hier nach

dem Kriege noch verlangsamt wirken. Die Produktion von Produktionsmitteln wird in Hintergrund gedrängt durch die Produktion an Artikeln des täglichen Bedarfs. Hierin wird ein wahrer Heißhunger bestehen. Mag nun als Fortsetzung des Krieges ein Handelskrieg entstehen oder nicht, das eine ist gewiß, die Entente wird sich und ihre Freunde in erster Linie mit Rohstoffen versorgen; ist doch ihr Einfluß auf die Rohstoffquellen so gut wie unbeschränkt. Die Verminderung der Welttonnage durch den U-Bootkrieg trägt auch noch ihren Teil dazu bei, daß es für die Industrien der Mittelmächte mit der Versorgung von Rohstoffen nicht glänzend aussehen kann. Die Folge davon ist Überschuß an Arbeitskräften; Steigerung der Arbeitsleistung steigert die Arbeitslosigkeit mit ihrem ganzen grauen Gefolge von Hunger, Krankheit und Tod. Schon vor dem Kriege hatten die Unternehmer eine ständige industrielle Reservearmee zur Verfügung, die in ihrer Größe den Schwankungen der Konjunktur unterworfen war, verschwunden ist sie aber mindestens die letzten 8—10 Jahre vor dem Kriege nicht mehr. Diese Reservearmee hat es teilweise verhindert, daß der Lohn mit der Verteuerung der notwendigen Lebensmittel Schritt hielt. Die Tätigkeit der Gewerkschaften würde also in Zukunft darin bestehen, die »freien« Hände für die Unternehmer zu vermehren. Geheimnisvoll bleibt bei dieser Taktik, wie sich der Lohn noch erhöhen, oder dort, wo er »hoch« ist, auf seiner Höhe bleiben soll. Möchten doch die Gewerkschaftsführer, die heute glauben, erhöhte Ausbeutung sei notwendig, um die Volkswirtschaft einer Gesundung entgegenzuführen, einzig darauf bedacht sein, wie das Los der Proletarier verbessert werden kann. Was unser erwartet ist hart genug, es ist nicht die Aufgabe der Gewerkschaften dazu beizutragen, diese Last zu erhöhen. Überlassen wir das Problem der gesteigerten Ausbeutung ruhig dem Unternehmer. Was wir dabei zu tun haben ist: uns zu wehren dagegen, daß unser Leben noch mehr verkürzt wird und uns die Arbeit noch mehr zur Last und zum Ekel gemacht wird. Trachten wir im andern Falle teilzunehmen an der gesteigerten Produktivkraft der Arbeit durch verkürzte Arbeitszeit und erhöhten Lohn. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit wirken wir hemmend auf das Wachstum der freigesetzten Hände und die Erhöhung des Lohnes gibt uns durch Gewährung von Unterstützung die Möglichkeit, die lohnrückende Wirkung der industriellen Reservearmee abzuschwächen. Sagen wir es aber klipp und klar heraus: auch nicht der

günstigste Fall kann für die Arbeiter Ursache sein zu direkter Mitarbeit an der Erhöhung der Arbeitsleistung, denn sie bedeutet im Kapitalismus immer gesteigerte Ausbeutung und damit vermehrtes Elend der Proletarier. Ein wirklich förderatives Interesse kann die Arbeiterklasse diesen Dingen nur im Sozialismus entgegenbringen, weil dann damit höhere Lebensfreude und Lebensgenuß verbunden ist. Es soll nicht mehr produziert werden, um die Taschen einiger besonders Begünstigter zu füllen, sondern um den Bedarf der Gesellschaft zu befriedigen.

Nur mit dem Sozialismus als Leitmotiv kann unsere Gegenwartsarbeit etwas taugen.

Ch. Ferkel.

Die photomech. Fächer.

Ortsberichte.

Leipzig, Chemigrphen. Am Freitag, den 19. Juli fand unsere Mitgliederversammlung der Chemigrphen mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht von der am 16. Juli stattgefundenen Tarifausschußsitzung in Berlin 2. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 berichtet Kollege Friedel über die am Montag und Dienstag stattgefundenen Sitzungen in Berlin und schildert in ausführlicher Weise den Gang der Verhandlung. Nach einigen Ergänzungen des Kollegen Majunke wurde den Vereinbarungen vorläufig zugestimmt.

In der Diskussion wurde auf die Entlohnung der Lehrlinge hingewiesen; es sollte nicht bloß bei den kontraktlich festgesetzten Kostgeld verbleiben, sondern auch hier müßte in der Entlohnung etwas mehr gesehen.

Zu Punkt 2 tadelt der Vorsitzende das Verhalten zweier Kollegen bei der Firma Zimmermann (Privat-Ret.), die es nicht der Mühe für wert hielt, sich zu erkundigen, was sie an Teuerungszulagen zu fordern haben und somit weniger erhielten. Weiter wurde der Wunsch ausgesprochen, vom 1. Oktober an die Überstundenstatistik wieder zur Ausführung bringen zu lassen. Nachdem noch die Kollegen darauf hingewiesen wurden, daß die beschlossene Teuerungszulage am 2. August auch überall zur Auszahlung gelangen muß, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Eingegangene Gelder.

Für das II. Quartal 1918 wurden folgende Beiträge eingesandt:

Altwater 100,—, Aschersleben 327,92, Barmen 202,40, Bautzen 2. Rate 203,19, Brandenburg 2. Rate 200,—, Braunschweig 557,13, Bremen 150,—, Breslau 300,—, Bunzlau 60,—, Chemnitz 200,—, Cöln 300,—, Coswig 55,—, Crefeld 100,—, Crammischau 110,—, Dessau 83,95, Dresden 2. Rate 2000,—, Düsseldorf 2. Rate 200,—, Einbeck 100,—, Essen 250,—, Eßlingen 250,—, Frankfurt a. M. I, 2. Rate 300,—, Frankfurt a. M. II, 2. Rate 250,—, Gera 50,—, Glogau 221,67, Göppingen 30,—, Görlitz 2. Rate 65,—, Grimma 20,—, Hanau 50,—, Heidelberg 30,—, Heilbronn 180,—, Hirschberg 55,—, Iserlohn 196,77, Kaiserslautern 37,38, Karlsruhe 450,—, Kattowitz 49,25, Kempen 37,93, Kiel 400,—, Lahr 400,—, Leipzig 3. Rate 2000,—, Lüneburg 50,—, Magdeburg 2. Rate 350,—, Mannheim 142,79, Meißen 100,—, Mühlhausen i. Th. 40,—, München I 1700,—, München II, 2. Rate 900,—, Niedersiedlitz 110,—, Nordhausen 70,—, Nürnberg I, 200,—, Nürnberg II, 100,—, Nürnberg III, 200,—, Offenbach 170,—, Osnabrück 19,—, Plauen 50,—, Potsdam 106,30, Regensburg 92,32, Schwerin 50,—, Seib 60,—, Stuttgart II, 500,—, Tilsit 57,—, Trier 100,—, Würzen 40,—, Zittau 150,— und Zwickau 2. Rate 132,91.

Für das III. Quartal 1918 gingen aus Darmstadt 100,— und Elberfeld 100,— ein.
Berlin, den 3. August 1918. *Wilh. Brall.*

Adressen-Änderungen.

1. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftserteiler (siehe Graphische Presse Nr. 23.)

Zur Beachtung! Jede Adressenänderung ist sofort an den Hauptvorstand, Adresse: Otto Sillier, Berlin N. 24, Elsaßstraße 86—88, III zu berichten.

Braunschweig: Wilh. Wägele, Korfesstr. 15, III.

Darmstadt: Wilh. Göller, Louisenstr. 8, Hof.

Düsseldorf, Chemigr.: Franz Ellersiek, Karolingerstr. 72, III.

Fürth i. Bayern: Herm. Rieß, Kaiserplatz 3, II.

Lüdenscheid i. Westfalen: Max Herrmann, Werdoherstr. 92.

Zittau i. Sachsen: Willi Fliegel, Moltkestr. 14, pl.

Gehilfenvertreter des Tarif-Ausschusses und Arbeitsnachweis für Deutschlands Chemigrphen und Kupferdrucker:
Kreis V: Franz Ellersiek, Düsseldorf, Karolingerstr. 72, III.

Unsere Verbandsjubilare!

Heute erfüllen wir die schöne Pflicht, derjenigen Kollegen ehrend zu gedenken, die in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni dieses Jahres ihre 25 jährige Mitgliedschaft in unserem Verbands feiern konnten. Insgesamt sind es 38 Kollegen und zwar 25 Steindrucker, 8 Lithographen, 3 Chemigrphen, 1 Formstecher und 1 Lichtdrucker.

Allen diesen Kollegen rufen wir einen herzlichen Glückwunsch zu! Nachstehend lassen wir die Namen folgen, wobei wir deren uns bekannte Tätigkeit für den Verband kurz mit angeben haben.

Albrecht, Edmund, Lithograph, Berlin.

Christian, Bruno, Formstecher, Einbeck, seit 3. 9. 1915 im Kriegsdienst.

Donnermann, Hermann, Steindrucker, Kaufbeuren, seit 3. 5. 1915 im Kriegsdienst.

Dressler, Karl, Steindrucker, Halberstadt.

Ebel, Paul, Steindrucker, Elberfeld.

Ebert, Gottlieb, Steindrucker, Nürnberg, langjähriger Geschäftvertauensmann.

Erdmann, Ernst, Steindrucker, Hamburg, seit 21. 8. 1914 im Kriegsdienst.

Finger, Arthur, Chemigrph, Berlin.

Giebel, Paul, Chemigrph, München II, langjähriger Funktionär.

Gries, Wilhelm, Lithograph, Hannover, invalide seit 1. 9. 1911.

Günther, Hermann, Lithograph, Berlin.

Harzendorf, Otto, Steindrucker, Chemnitz.

Haß, Johannes, Steindrucker, Berlin, seit 1897 Verbandsfunktionär, von 1904 bis 1913 Angestellter und Vorsitzender in Berlin, seit 1913 im Hauptvorstand.

Höhne, Wilhelm, Lithograph, Breslau, seit 11. 8. 1917 im Kriegsdienst.

Junghans, Hermann, Steindrucker, Leipzig, langjähriger Funktionär.

Kaufmann, August, Steindrucker, Herford.

Kindermann, Emil, Lithograph, Halberstadt.

Klaeber, Emil, Lichtdrucker, Berlin, invalide seit 3. 3. 1912.

Koite, Karl, Steindrucker, Leipzig.

Kriegel, Otto, Steindrucker, Saxeidnitz.

Lägel, Alfred, Steindrucker, Cöln.

Lehner, Johann, Steindrucker, Coblenz, seit 1. 7. 1916 im Kriegsdienst.

Leinen, Paul, Steindrucker, Dresden, Ortsvorsitzender und Gauleiter, ist seit 1897 Funktionär und seit 10 Jahren Verbandsangestellter.

Lillge, Alfred, Steindrucker, Hamburg, seit 7. 7. 1915 im Kriegsdienst.

Markmann, Wilhelm, Steindrucker, Nürnberg, ist bereits Mitglied seit Gründung des Verbandes, 1. 4. 1891.

Müller, Paul, Steindrucker, Leipzig, seit 1. 2. 1916 im Kriegsdienst.

Müller, Karl, Steindrucker, Leipzig, seit 21. 9. 1916 im Kriegsdienst.

Muschner, Max, Steindrucker, Leipzig, seit 1. 2. 1917 im Kriegsdienst.

Neuhaus, August, Lithograph, Berlin, ist bereits Mitglied seit Gründung des Verbandes, 1. 4. 1891.

Nieberlein, Xaver, Steindrucker, München.

Obermaier, Anton, Steindrucker, München, langjähriger Funktionär.

Ralf, Heinrich, Steindrucker, Hamburg.

Riemann, Max, Steindrucker, Chemnitz, seit 1. 11. 1915 im Kriegsdienst.

Tappeiner, Alois, Steindrucker, Augsburg.

Thust, Rudolf, Steindrucker, Altenburg, seit 16. 3. 1915 im Kriegsdienst.

Vornfett, Julius, Chemigrph, Leipzig.

Werner, Heinrich, Lithograph, Frankfurt a. Main.

Zeigner, Karl, Lithograph, Berlin.

Mit vorstehenden 38 Jubilaren und den bereits veröffentlichten Kollegen haben insgesamt 391 Kollegen dem Verbands 25 Jahre die Treue gewährt, mit ihm alle Stürme durchlebt und Freud und Leid mit ihm geteilt. Und zwar sind es 300 Steindrucker, 69 Lithographen, 10 Chemigrphen, 5 Formstecher, 4 Lichtdrucker und 3 Hilfsarbeiter.

Wenn wir zurückblicken auf die gemeinsam verlebten Jahre, dann können wir mit Stolz sagen: es waren Jahre der Arbeit, aber auch des Erfolges. Jeder der Jubilare hat sein Teil dazu beigetragen. Die Liebe zum Verbands, die die Jubilare gezeigt haben, sollte für alle Kollegen ein Ansporn sein, in gleicher Weise zu handeln. In diesem Sinne soll die Ehrentafel in der »Graphischen Presse« ein Denkmal sein, den Jubilaren zum Dank und den anderen Kollegen zur treuen Nachahmung.

Der Hauptvorstand.